für M u s t e r m a n , Max

c/o Musterstraße [3

[ 12345 ] zu Musterort

Deutschland als Ganzes

Frank-Walter S t e i n m e i e r

in seiner Funktion als Bundespräsident

der Bundesrepublik Deutschland

Spreeweg 1

10557 Berlin

Fax: [ +49 30 1810200 1999 ]

16. F e b r u a r 2 0 2 2

Sehr geehrter Frank-Walter S t e i n m e i e r,

sehr geehrter Olaf Scholz,

**die Natürliche Person M u s t e r m a n , Max** *(rote Hervorhebungen bitte anpassen)* **als Bundesstaatsangehöriger des Kgr. Preußen im Rechtskreis von 1913** – mit der Bestätigung durch einen Staatsangehörigkeitsnachweis, ausgestellt von der Bundesrepublik Deutschland (BRD) – , weist die Person Frank-Walter Steinmeier in der Funktion als Bundespräsident der BRD sowie die Person Olaf Scholz in der Funktion als Bundeskanzler an, dieses Schreiben weiter zu leiten an die Ministerpräsidenten der einzelnen Bundesländer, alle Minister der Bundesregierung, alle sogenannten Bundestagsabgeordneten, den Bundesrat, alle Kreise, Städte, Gemeinden und die fünf Alliierten (Vereinigten Staaten von Amerika - Hauptalliierter - , Frankreich, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Russland, Frankreich und China) sowie den Europarat Council of Europe Treaty Office und die UN in Bonn und New York.

**Wir, die deutschen Zugehörigen zum Rechtsverband des Deutschen Reichs im Rechtsstand 1913**, müssen dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler der BRD nicht erklären, daß das Deutsche Reich im Rechtsstand von 1913 ein besetztes Land in der Treuhand der drei Mächte / UNO ist. In dem besetzten Gebieten gelten die von den Alliierten – nach dem Waffenstillstandsbruch von 1939 – im Jahr 1944 / 1945 festgelegten SHAEF-Gesetze. In einem besetzten Staatsgebiet, wie dem Deutschen Reich im Rechtsstand von 1913, gilt die Haager Landkriegsordnung von 1907 – 1910 (HLKO – Staatsverträge). Dies hat das Bundespräsidialamt am 09. März 2015 durch Prof. Dr. Stefan Pieper schriftlich bestätigt. Dort werden die Staatsangehörigen des Deutschen Reiches im Rechtsstand von 1913 von vielen Maßnahmen ausgenommen; sie besitzen besondere Rechte.

Es wird im Artikel 159 der Hessischen Landesverfassung (Besatzungsrecht), auf verschiedene Artikel des Grundgesetzes wie z.B. Besatzungskosten und den noch gültigen Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages (BGBI. 1955 II S. 405) in der Vereinbarung vom 27./ 28, September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der BRD und den drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung (in der geänderten Fassung) (BGBI. 1990 II S. 1386) unter Ziffer 3 unter anderem aufgeführten Artike2 2 Abs. 1, hingewiesen.

Ferner wird darauf verwiesen, daß der Friedensvertrag zum ersten Weltkrieg im Jahr 2017 von Souveränen mit den jeweiligen Reststaatlichkeiten der drei Mächte eingeleitet wurde. Im Jahr 2018 hatte der damalige Präsident der Vereinigten Staaten vom Amerika, Donald Trump, den Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg weltöffentlich zugesagt. Damit ist der Artikel 79 Abs. 1 ausgelöst. Die drei Mächte und die UNO stehen hier in besonderer Verantwortung, um als Treuhänder Schaden von den Deutschen Völkern fernzuhalten.

Wir machen darauf aufmerksam, daß das Deutsche Reich im Rechtsstand von 1913 einen staatlichen Friedensvertrag mit Russland, den Friedensvertrag von Brest Litowsk, im Jahr 1918 abgeschlossen hat. Wir weisen Sie als Bundespräsident der BRD an, sich an diesen völkerrechtlichen Vertrag gebunden zu sehen.

Der Begriff „Klima“ bezeichnet eine langfristige globale Veränderung der Temperaturen und Wettermuster. Diese Veränderungen sind fast ausschließlich natürlichen Ursprungs, beispielsweise durch Schwankungen in der Sonnenaktivität. Es gab im sogenannten Mittelalter eine Warmzeit (zwischen ca. 950 und 1500) und danach eine kleine Eiszeit (zwischen ca. 1500 bis 1800). Siehe auch Bilder von der zugefrorenen Themse in Großbritannien. Damals gab es keine Autos oder Kohlekraftwerke ! Klimaveränderungen werden nicht signifikant durch Menschen und Tiere beeinflusst. Der Mensch und die Tiere atmen Sauerstoff ein und atmen Kohlenstoffdioxid - CO2 aus. Es gibt kein Pflanzenwachstum ohne Kohlenstoffdioxid. **CO2 ist das Gas des Lebens.** Wissenschaftliche Studien beweisen, daß ein CO2 Anstieg in der Erdgeschichte immer der Erwärmung folgt und nicht die Ursache ist. Kohlenstoffdioxid - CO2 wird in Gewächshäuser eingeblasen um das Pflanzenwachstum zu fördern. Doppelter CO2 Gehalt bedeutet doppeltes Pflanzenwachstum.

Trockene Luft besteht hauptsächlich aus zwei Gasen Stickstoff (rund 78,08 Vol.-%) und Sauerstoff (rund 20,95 Vol.-%). Daneben gibt es noch die Komponenten Argon (0,93 Vol.-%), **Kohlenstoffdioxid - CO2 (nur 0,04 Vol.-%)** und andere Gase und Spuren. Das der Meeresspiegel in den letzten 200 Jahren nicht signifikant angestiegen ist, beweisen Fotos aus dem 18 Jahrhundert (z.B. die Freiheitsstatur in Amerika).

Auf der Startseite des Umweltbundesamtes stand bis ca. zum Jahr 2012 folgendes: 96 Prozent des CO2 Gases ist aus der Natur (überwiegend Mikroorganismen in den Meeren und in den Böden). Das sogenannte Treibhausgas ist Wasserdampf (die Wolken). Sie beeinflussen die Temperaturen auf der Erdoberfläche. Es ist doch allen klar, daß bei einem klaren Himmel die Temperaturen im Winter tiefer absinken. Das Polareis hat sich in den letzten 30 Jahren eher vergrößert (beweisbar durch Satellitenaufnahmen, Tiefenbohrungen und Daten der Universität Illinois). Wir begeben uns zur Zeit global eher wieder in eine Abkühlungsphase. Hunderte unabhängige Wissenschaftler vertreten diese Meinung (Internationale Klimakonferenz in Berlin 1995, u.a. Dr. Bruno Bandulet, Professor S. Fred Singer, Lord Christopher Monckton, langjähriger Berater der britischen Premierministerin Margaret Thatcher).

Die Natürliche Person M u s t e r m a n n, M a x als Bundesstaatsangehöriger des Kgr. Preußen im Rechtskreis von 1913 – mit der Bestätigung durch eine Staatsangehörigkeitsurkunde der BRD – weist die Person Frank-Walter Steinmeier in der Funktion als Bundespräsident der BRD sowie die Person Olaf Scholz in der Funktion als Bundeskanzler an, den CO2 Schwindel sofort zu beenden und die Wahrheit über das Klima, das regionale Wetter und seine natürlichen Veränderungen zu verbreiten.

Wir weisen die Person Frank-Walter Steinmeier in der Funktion als Bundespräsident sowie die Person Olaf Scholz in der Funktion als Bundeskanzler der BRD an, alle Steuern auf Kohlenstoffdioxid CO2 sofort aufzuheben und die Preise für Gas und Benzin auf den Mai 2020 (Diesel 1,05 €, Super E10 1,17 €) zu deckeln. Das gleiche gilt für Grundnahrungsmittel. Dass das möglich ist, beweist aktuell die Vorgehensweise der Regierung in Ungarn. Wir weisen Sie als Bundespräsident sowie die Person Olaf Scholz in der Funktion als Bundeskanzler der BRD an, die Abschaltung von allen Kohlekraftwerken (Grundlast) sofort zurückzunehmen und den Bau von dezentralen, regionalenGaskraftwerken (Grundlast, Mittellast, Spitzenlast) sofort zu veranlassen. Des Weiteren ist die Pipeline Nord-Stream 2 sofort in Betrieb zu nehmen.

Wir weisen die Person Frank-Walter Steinmeier in der Funktion als Bundespräsident sowie die Person Olaf Scholz in der Funktion als Bundeskanzler der BRD an, alle Firmen in Deutschland nach ihrer Wertschöpfung zu versteuern und keine Steuersparmodelle über das Ausland zuzulassen. Dadurch kann die Einkommensteuer sofort um mindestens 50 Prozent reduziert werden.

Wir, die deutschen Zugehörigen zum Rechtsverband des Deutschen Reichs im Rechtsstand 1913, als Bundesstaatsangehörige, weisen die Person Frank-Walter Steinmeier in der Funktion als Bundespräsident sowie die Person Olaf Scholz in der Funktion als Bundeskanzler der BRD an, das Urteil des Bundes"verfassungs"gerichtes zur Personenwahl (BVerfG, 25.07.2012 - BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11) aus dem Jahr 2012 umzusetzen. Nach diesem Urteil sind alle Wahlen seit dem Jahr 1956 ungültig und damit auch alle "Gesetze" und "Verordnungen" die seit diesem Zeitpunkt veröffentliche wurden. Das heißt, der Bundestag ist sofort aufzulösen und die Bevölkerung wahrheitsgemäß über die Gründe aufzuklären. Danach ist eine provisorische Regierung ohne Parteien (nicht rechtsfähige Vereine) und ohne Landeslisten in direkter Wahl aus dem Volk und für das Volk, bis zu einem Friedensvertrag zum ersten Weltkrieg, aufzustellen.

Wir weisen auf die Tatsache hin, daß über 80 "Gesetze" die von der Treuhand, der BRD angewandt werden, aus der Nazi-Zeit stammen (u.a. Einkommenssteuergesetz EStG vom 16.10 1934, Justizbeitreibungsordnung JBeitrO vom 11.03 1937, Namensänderungsgesetz FamNamÄndGDV1 vom 07.01.1938). Das Namensänderungsgesetz wurde wortwörtlich übernommen (Reichsregierung, Deutsches Reich, Reichsminister). Einzig die Unterschrift von Adolf Hitler wurde entfernt. Der Begriff der Nationalität "Deutsch", der nach 1990 in den Ausweisen steht, stammt aus der nationalsozialistischen Zeit und wurde vorher nicht benutzt.

In den Nachrichten des ZDF vom 03.02.2012 wird die BRD wortwörtlich "als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches" bezeichnet (IHG. vom 03.02.2012, Nr. 143). Die Völkerrechtswissenschaft geht davon aus, daß die BRD und das Dritte Reich rechtlich identisch sind (siehe auch Urteil des Bundes"verfassungs"gerichtes vom 31.07.1973 - BVG 2 BvF 1/73 und die Stellungnahme des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages vom 30.06.2015 - hib 340/2015). Das erklärt sehr gut den Begriff des sogenannten "Reichsbürger" und wer diesen Status besitzt.

Die Natürliche Person M u s t e r m a n n, M a x als Bundesstaatsangehöriger des Kgr. Preußen im Rechtskreis von 1913 – mit der Bestätigung durch eine Staatsangehörigkeitsurkunde der BRD – weist die Person Frank-Walter Steinmeier in der Funktion als Bundespräsident sowie die Person Olaf Scholz in der Funktion als Bundeskanzler der BRD an, keine sogenannten Flüchtlinge mehr im Gebiet der Treuhand BRD aufzunehmen. Alle "Flüchtlinge" die keinen Status als Asylant erhalten haben, sind sofort abzuschieben. Das entspricht ungefähr 95 Prozent aller eingereisten Personen. Ungarn hat u.a. gezeigt, daß dies möglich ist. Es ist bekannt, daß es sich bei diesen Umsiedlungen um den Kalergi-Pan-Europa-Plan aus dem Jahr 1923 handelt.

Asylanträge können nur beim Überschreiten der ersten Grenze in der Europäischen Union eingereicht werden. Da die BRD keine Außengrenzen außer der Nordsee und Ostsee besitzt, kann Deutschland die Übernahme von meist jungen Männern ablehnen. Viele junge Männer stammen nicht aus Kriegsgebieten, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge. Nach dem internationalen Seerecht müssen in Seenot geratene Menschen zum nächsten Hafen gebracht werden. Dies ist fast ausschließlich Libyen. Sobald die sogenannten Flüchtlinge nach Malta, Zypern oder Italien verbracht werden, ist das keine Seenotrettung sondern Menschenschmuggel.

Es ist eine Klage wegen Völkermord gegen die Verantwortlichen der Treuhand "Der Bund" und der NGO Germany vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag angenommen worden (AZ: OTP-CR-241/12).

Wir, die deutschen Zugehörigen zum Rechtsverband des Deutschen Reichs im Rechtsstand 1913,als Bundesstaatsangehörige, weisen die Person Frank-Walter Steinmeier in der Funktion als Bundespräsident sowie die Person Olaf Scholz in der Funktion als Bundeskanzler der BRD an, unseren Brief vom 16. Dezember 2021 umzusetzen. Der Bundeskanzler, alle Minister, der Bundesrat, alle Landesregierungen, alle Kreise, alle Gesundheitsämter, alle Behörden haben jegliche Corona-Maßnahmen sofort einzustellen.

Die Natürliche Person M u s t e r m a n n, M a x als Bundesstaatsangehöriger des Kgr. Preußen im Rechtskreis von 1913 – mit der Bestätigung durch eine Staatsangehörigkeitsurkunde der BRD – weist die Person Frank-Walter Steinmeier in der Funktion als Bundespräsident sowie die Person Olaf Scholz in der Funktion als Bundeskanzler der BRD an, daß Schreiben vom 4. Februar 2022 sofort umzusetzen und sich an den Friedensvertrag von Brest Litowsk gebunden zu sehen und alle feindlichen Maßnahmen in der Ukraine soforteinzustellen. Alle Söldner der BRD, der NGO Germany, sind sofort von ihren Einsatzorten zurückzuziehen. Die Ukraine gibt bis zu 12 Milliarden Euro für den Krieg im Donbass aus. Die Treuhand der "Bund" ist mit über fünf Milliarden der größte Geldgeber für diesen Konflikt. Die Anweisung gilt auch für die sofortige Einstellung aller Geldzahlungen für den kriegerischen Konflikt. Geldmittel dürfen nur überwacht und zweckgebunden für humanitäre Projekte nach Einhaltung des Minsker Vertrages, der vom UNO Sicherheitsrates bestätigt wurde, gewährt werden.

Hochachtungsvoll ohne Entehrung

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

M u s t e r m a n , Max

**Verteiler an:**

**UN** Zentrale in New York, **Generalsekretär António Guterres**, [Fax 001-21 29 63 48 79]

**UN** Campus, **Leiter des Büro Arne Molfenter**, [Fax 0228-815.2777]

**Europarat: Präsident Charles Michel**, Dir. of Legal Advice & Public International Law, [Fax +33 (0)38841.2754]

**Botschaften:**

* der Vereinigten Staaten von Amerika, **Botschafter Clark Price**, [Fax 030-830510.50]
* der Russischen Föderation, **Botschafter Sergej J. Netschajew**, [Fax 030-22993.97]
* von Frankreich, **Botschafter Maurice Jacques Jean-Marie Gourdault-Montagne**, [Fax 030-590039.110]
* des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, **Botschafterin Jill Gallard**, [Fax 030-20457.573]
* der Volksrepublik China, **Botschafter Wu Ken**, [Fax: 030-27588.221]

**Bundeskanzleramt** [Fax 030-18400.2357] und an alle Ministerien der Bundesländer,

Fiskalat, **Hans Baumgartner**, Leiter Geschäftsstelle München, Abt. SHAEF-52, [Fax 089-7624.1120]

**Deutscher Ethikrat**, Geschäftsstelle Berlin, [Fax 030-20370.252]